

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/6858 —

Friedliche Lösung des Kurdenproblems in der Türkei

A. Problem

In der Türkei eskaliert die Gewalt gegen Kurden und kurdische Parteien und Organisationen. Abgeordneten der Großen Nationalversammlung wird die Immunität abgesprochen; sie werden von türkischen Kräften verhaftet.

Gewaltakte zwischen Türken und Kurden greifen auch nach Europa über.

B. Lösung

Die Große Nationalversammlung und die Regierung der Republik Türkei sind aufgefordert, nach friedlichen Lösungen zu suchen

- im Dialog mit allen demokratischen Kurdenorganisationen,
- durch Gewährung von Schutz für religiöse Minderheiten,
- durch Realisierung der im Regierungsprogramm der Koalition der Partei des Rechten Weges und der Sozialdemokratischen Volkspartei versprochenen Maßnahmen zur Demokratisierung im Bereich der Menschenrechte und zur Ausfüllung des Begriffs der Kurdischen Identität.

Die PKK muß ihre menschenverachtende Terrorpolitik unverzüglich einstellen; Gewaltakte der PKK gegen Türken und Kurden,

gegen Touristen und gegen Einrichtungen in der Türkei und in der Bundesrepublik Deutschland müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.

Einstimmige Annahme der geänderten Fassung bei einer Enthaltung.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/6858 — in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit großer Sorge die Eskalation der Gewalt in Südostanatolien, die inzwischen auch auf Europa übergreift.

Der Deutsche Bundestag

1. verurteilt die terroristischen Gewaltakte der PKK gegen Türken und Kurden, gegen Touristen sowie gegen türkische und deutsche Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland;
2. appelliert an die PKK, ihre menschenverachtende Terrorpolitik unverzüglich einzustellen;
3. hält die Politik der türkischen Regierung für aussichtslos, die PKK ausschließlich mit militärischer Gewalt bezwingen zu wollen. Er mißbilligt die mit dieser Politik verbundenen Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung von vielen Dörfern und Teilen von Städten;
4. erinnert die türkische Regierung an ihr Versprechen, die der Türkei im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe bzw. der Rüstungssonderhilfe zur Verfügung gestellten deutschen Waffen nur zur Landesverteidigung zu verwenden;
5. ist der Ansicht, daß eine Eskalation der Gewalt das Problem nicht lösen wird, sondern nur zu einer Vervielfachung des menschlichen Leides führt und friedliche Lösungswege erschwert;
6. ist der Überzeugung, daß die Ursachen der Gewalt in der seit Jahrzehnten ungelösten Kurdenfrage liegen, was dazu geführt hat, daß bis heute den kurdischen Türken kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung weitgehend verweigert werden;
7. begrüßt, daß sowohl in der türkischen Öffentlichkeit, im Parlament und auch in der Wirtschaft ein Umdenken in Richtung größerer Dialogbereitschaft mit den Kurden begonnen hat;
8. erwartet von der türkischen Regierung, daß im Sinne des laizistischen türkischen Staatsverständnisses den religiösen Minderheiten wie Assyryern, anderen Christen sowie Xeziden und Aleviten der diesen Bevölkerungsgruppen zustehende Schutz gewährt wird;
9. fordert die Große Türkische Nationalversammlung und die türkische Regierung dringend auf, unverzüglich einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kurdenorganisa-

tionen aufzunehmen, die für eine friedliche Erlangung der legitimen Rechte der Kurden eintreten;

10. erwartet, daß bei den kommenden Kommunalwahlen alle bestehenden demokratischen Parteien die Möglichkeit haben und bereit sind, sich dem Wählerwillen zu stellen;
11. bedauert die Aufhebung der Immunität von sieben Abgeordneten der Kurdenpartei DEP und erwartet, daß den betroffenen Abgeordneten Gelegenheit gegeben wird, ungehindert von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen, die Rückgängigmachung des Parlamentsbeschlusses zur Aufhebung ihrer Immunität zu erwirken;
12. ermuntert die türkische Regierung, dazu beizutragen, soweit die Sicherheitslage es zuläßt, in den unterentwickelten kurdischen Wohngebieten in Ostanatolien für bessere wirtschaftliche und sozial gerechte Lebensverhältnisse zu sorgen;
13. ermutigt die türkische Regierung, auf dem Weg eines Ausbaus des Rechtsstaates weiterzugehen, die Verfassung zu erneuern und die Diskussion über eine Verschärfung der Anti-Terrorgesetze und der Wiederanwendung der Todesstrafe einzustellen;
14. erwartet, daß die im Regierungsprogramm der Koalition der Partei des richtigen Weges und der Sozialdemokratischen Volkspartei versprochenen Maßnahmen zur Demokratisierung, im Bereich der Menschenrechte und zur Ausfüllung des in diesem Zusammenhang von der türkischen Regierung selbst propagierten Begriffs der „kurdischen Identität“ durchgeführt werden.

Bonn, den 9. März 1994

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken

Vorsitzender

Friedrich Vogel (Ennepetal)

Ulrich Irmer

Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Bericht der Abgeordneten Friedrich Vogel (Ennepetal), Karsten D. Voigt (Frankfurt) und Ulrich Irmer

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/6858 — in seiner 210. Sitzung am 24. Februar 1994 dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 9. März 1994 beraten. Hierzu lag ihm

ein von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. erarbeiteter Antrag auf der Grundlage der überwiesenen Drucksache 12/6858 vor, der mit zwei Ergänzungen einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet wurde und dem Deutschen Bundestag als Beschlußempfehlung vorgelegt wird.

Bonn, den 9. März 1994

Friedrich Vogel (Ennepetal)

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Ulrich Irmer

Berichterstatter

